Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 23, +29, +35, +47 – **Windenergie nutzen statt abschalten, Keine Kürzung der Solarförderung, Energiewende endlich umsetzen, Berichterstattung über den Stand der Energiewende**

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 182.12 / 21.03.2012

Es geht ohne Kohle und Atom, aber nicht mit jedem.

Der Winter liegt fast schon hinter uns. Die Preisentwicklung ist moderat. Wir haben Frankreich mit Strom beliefert, nicht umgekehrt. Wir haben einen deutlichen Stromexportüberschuss.

Erfolge der Energiewende beruhen nicht auf einer klugen Energiepolitik der CDU-FDP Koalitionen in Bund und Land. Im Wesentlichen beruht der Erfolg auf dem EEG aus rot- und vor allem grüner Regierungszeit:

Das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG) ist eine große Erfolgsgeschichte. Mehr als 40 Länder haben es von uns abgeschrieben. Diesem Gesetz soll es jetzt an den Kragen gehen. Das von schwarz-gelb novellierte EEG war gerade mal eineinhalb Monate in Kraft. Es sah eine Vergütungsdegression für Solarstrom von 15 Prozent zum Jahresanfang und von weiteren 15 Prozent zur Jahresmitte vor. Da kommt der FDP-Bundeswirtschaftsminister daher und verkündet: Die Absenkung zum Juli zieht er vor und verdoppelt die Kürzung noch einmal. Und das Ganze soll in 3 Wochen wirksam werden.

Unmittelbar nach dieser Ankündigung stornieren Kunden ihre Bestellung, wenn sie denn vertraglich können. Banken ändern ihre Kreditlinie zur darauf folgenden Woche. Lagerware verliert über Nacht ihren Wert. Handwerker werden gehetzt, ihre Arbeit umgehend zu erledigen. Leute werden entlassen. Auf der Messe New Energy in Husum haben mir die Unternehmen zahllose Beispiele dieser Art mitgeteilt.

Minister Rösler weiß was er tut. Wer die Wirtschaft schädigen will, verhält sich genau so wie der Bundeswirtschaftsminister! Wer die Wirtschaft schädigen will, verhält sich genau so wie Rösler! Und der Umweltminister von der CDU macht mit. Im Ausschuss im Kieler Landtag lässt der Energieminister de Jager berichten, dass das alles so völlig in Ordnung sei. Nur die betroffene Wirtschaft sieht das anders. Aber aus der bequemen Perspektive vom Schreibtisch des Abteilungsleiters, des Ministers, der Staatssekretärin sehen sie die Wirklichkeit selbstverständlich genauer als die Branche selbst.

Während die Abgeordneten von schwarz-gelb verkünden, sie würden kämpfen: kein Gesetz käme in den Bundestag so, wie es am Ende herauskäme, man hätte bei der Fristsetzung schon eine Verschiebung erreicht, ist der Schaden schon angerichtet und ein schwarzgelber Angriff auf den Kern des Erneuerbare-Energien-Gesetz hat stattgefunden.

Nach § 33 EEG-ÄndG sollen zukünftig für PV-Dachanlagen bis zehn kW Leistung nur noch 85 Prozent, für größere Anlagen 90 Prozent der produzierten Strommenge vergütet werden. Im Gesetz wird dieser Ansatz als „Marktintegrationsmodell“ bezeichnet.

Ist denn der Landwirt im Wesselburenerkoog mit seiner Solaranlage etwa Stromhändler?
Im Übrigen wird sein Dach auf dem Wirtschaftsgebäude im Außenbereich nur noch wie eine Freifläche bezahlt. Wundern Sie sich etwa, dass der Bauernverband zu einer Demo vor dem CDU-Parteitag aufruft. Die Bank verlangt für die 10 Prozent, die nicht mehr unter die Preisvorschrift des Gesetzes fallen, einen Risikoaufschlag.
Die schwarz-gelben Wolken führen nicht nur zu einer Sonnenfinsternis über der Solarwirtschaft, sondern verdunkeln auch die anderen Branchen der Erneuerbaren.

Das „Marktintegrationsmodell“ soll auf Wind, Biomasse usw. ausgedehnt werden.
Mit einer Verordnungsermächtigung in § 64g EEG-ÄndG soll der Bundesregierung die Möglichkeit gegeben werden, die Regelungen für die PV nach § 33 EEG-ÄndG auf alle Erneuerbaren Energien zu übertragen und zwar ohne Beteiligung des Bundestages.

Nicht, dass wir uns missverstehen: Wir GRÜNE sind nicht gegen eine Preisdegression generell. Eine kontinuierliche, am Marktwachstum der Photovoltaik orientierte und nachgesteuerte Solarstromvergütung ist wichtig und richtig. Gemacht wird das in vielen kleinen Schritten, um Schwingungen aus dem System zu nehmen. Das „Jahresendzeitrennen“ wird es dann nicht mehr geben.

Das Bundesumweltministerium und das Bundeswirtschaftsministerium zerstören mit ihrer Gesetzesinitiative erfolgreiche Landespolitiken wie bei uns in Schleswig-Holstein. Ihre Vision von 100 Prozent Erneuerbaren, Herr de Jager, war mit dem alten EEG ja nicht sehr ambitioniert. Jetzt müssen Sie darum fürchten. Freunde wie Rösler und Röttgen kann man sich nicht aussuchen und den grün eingefärbten Schal können Sie mit denen an der Seite getrost ablegen.

Wir haben mit der Ds.17/2262 „Windenergie nutzen statt abschalten“ dem Hohen Hause einen Vorschlag unterbreitet für ein zeitnah umzusetzendes Konzept zur Nutzung von Erneuerbaren Strom, der wegen der so genannten Eismannabschaltungen nicht erzeugt wird, obwohl die Windenergieanlage das eigentlich zur sehr geringen variablen Kosten könnte, weil der Wind weht.

Franz Alt sagt dazu völlig richtig: „Die Sonne schickt uns keine Rechnung.“
Die Zwangsabschaltungen werden durch Verstopfung der übergelagerten Netzebene ausgelöst. Wir wollen deshalb im Umfeld eines regionalen Umspannwerkes Lastsenken organisieren. Bisher ist es so: Es wird Strom bezahlt, der nicht produziert wurde. Diesen Strom wollen wir einer Nutzung zuführen.

CDU und FDP haben dazu einen Änderungsantrag gestellt, der aber im Grunde dasselbe will. Der Wirtschaftsausschuss freut sich auf die Beratung dieser Anträge, wie ich an dieser Stelle beantragen möchte, alle vier Anträge zu überweisen.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung: Die Energiewende ist ein schickes Thema geworden. Ich wünsche mir mitunter etwas mehr Demut bei dem Thema Energiewende von denen, die vor noch nicht einmal zwei Jahren die Verlängerung der Atomlaufzeiten als Energierevolution verkauft haben. Es geht ohne Kohle und Atom, aber nicht mit jedem. Den Wählern sei das Original empfohlen, das ist Bündnis 90 / DIE GRÜNEN.

***